

**Insertate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei den unteren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
H. B. Hoffmann & Co.,  
K. J. Dauter & Co.,  
J. J. Dauter & Co.,  
J. J. Dauter & Co.

**Verantwortlicher Redakteur:**  
J. Hoffmann  
in Posen.

# Posener Zeitung

Hundertster

Jahrgang.

**Insertate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei den unteren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
H. B. Hoffmann & Co.,  
K. J. Dauter & Co.,  
J. J. Dauter & Co.,  
J. J. Dauter & Co.

**Verantwortlich für den  
Inseratenteil:**  
J. Hoffmann  
in Posen.

Nr. 313

Freitag, 5. Mai.

1893

## Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom 4. Mai, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Lesung der **Militärvorlage** wird fortgesetzt.  
Vom Abg. **Wisser** ist ein Unterantrag zum Antrage Huene eingebracht, der die zweijährige Dienstpflicht in die Reichsverfassung aufnehmen will.

Abg. **Nichter** (Hr.): Ich werde meine Ausführungen lediglich auf den Antrag Huene beschränken, der nach den Erklärungen des Reichskanzlers allein noch in Frage kommt. Dieser Antrag begünstigt die zweijährige Dienstzeit für 5 Jahre zu fixieren. Nach 5 Jahren gewinnt die Regierung damit neue Handhaben zur Forderung weiterer Erhöhungen. Mit der fünfjährigen Fixierung steht auch in Widerspruch, daß die neuen Kadres, die v. Huene bewilligen will, dauernd bestehen bleiben sollen. Der einzelne Dienstpflichtige, der 1897, also 1 1/2 Jahre vor Ablauf der fünfjährigen Frist eintritt, hat gar keine Garantien dafür, daß er nach zwei Jahren entlassen wird. Der Antrag will weiter die Präsenzstärke für 5 1/2 Jahre normieren, während wir sie nur für 1 1/2 Jahre normieren wollen. Die einjährige Festsetzung entspricht dem, was bei der Marine in Geltung ist, ohne daß sich irgendwelche Unzulänglichkeiten ergeben. Endlich will der Antrag Huene die sämtlichen Kadres mit Ausnahme der 12 Kavallerie-Eskadrons bewilligen. Er bewilligt also fünf Sechstel der Regimentsstärke. Alles, was im Antrage Huene steht, sind nicht die eigenen Gedanken des Antragstellers, sondern entspricht dem, was die offiziellen Späher schon seit Jahren als Angebot von den Dächern gehöhrt haben. Herr von Huene hat also nur Türen in der Wilhelmstraße eingerannt, die schon lange offen gestanden. Ich wende mich zu den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Ich muß mich zunächst dagegen verwahren, daß der Reichskanzler durch herausgerissene Bemerkungen ein Bild von den Kommissionsverhandlungen zu geben gesucht hat. Der Herr Referent hätte seinen vorzüglichen Bericht, wie er in gleicher Vorzüglichkeit mir kaum in den Annalen der Militärvorlagen vorgekommen ist, nicht so erstatten können, wenn die Verhandlungen so oberflächlich gewesen wären. Der Reichskanzler hat die Sachautorität in einer Weise in den Vordergrund geschoben, die die Negation des Parlamentarismus bedeutet. (Sehr richtig!) Nach seiner Darstellung hätte der Reichstag sich der Autorität der Sachmänner zu fügen und höchstens ein Gutachten über die Auswahl der Steuern abzugeben. Dann lege man auch hierfür eine Kommission von Steuerbeamten ein. Einseitigkeit und Ueberbegriffung des eigenen Berufes tritt dort am stärksten hervor, wo die Liebe zum eigenen Dasein am stärksten ist. Wenn jemand die deutschen Verhältnisse nicht kennt, muß er nach der Rede des Reichskanzlers annehmen, als wollten wir jetzt erst anfangen, die Landesverteidigung zu organisieren, als wäre die deutsche Armee nicht mehr wert als die weisse Reichs- oder Reichsarmee des 17. Jahrhunderts. Und doch ist die deutsche Kriegsmarine heute dreimal so stark als 1870. Nicht umsonst sind seitdem 12 Milliarden für die Landesverteidigung ausgegeben. Was sind unsere Festungen von heute gegenüber den veralteten! Die Marine ist vervierfacht worden. Damals isoliert, haben wir jetzt bei einem Kriege mit zwei Fronten die Unterstützung mindestens eines Dreihundertstes. Wenn die Vorlage mit der Kriegsgesetz im Zusammenhang steht, so würden unsere Gegner ja am besten thun, über uns herzufallen, ehe sie durchgeführt wird. Man weiß aber im Auslande, was man von solchen Reden der Kriegsmarine — denn der Reichskanzler sprach nur als ein solcher — zu halten hat, und wird sich durch die trübe Schilderung unserer Armee nicht täuschen lassen. Keinem Parlamente der Welt ist eine so weitgehende Vorlage angeschlossen worden. Früher hieß es, wir müßten nach den Nachbarstaaten blicken, um das Maß unserer Forderungen einzurichten. Erst seit 1890, damals bei der Marine, ist der neue Standpunkt zur Geltung gekommen, daß wir, so viel als es aus unseren Verhältnissen möglich sei, unsere Militärverhältnisse entwickeln müßten. Wenn man so weiter geht, wird man, wie ja der Kriegsmarine gestern gesagt, die Präsenz um 240 000 Mann erhöhen können. Die Ausschusskommissionen haben doch zu drastisch für die Begründung der Vorlage gearbeitet. Die Ausführungen des Reichskanzlers passen für jede Vorlage, auch für eine, die die doppelte und dreifache Zahl fordern würde. Man thut so, als hätten wir bisher für Kulturaufgaben Geld in Hülle und Fülle ausgegeben und doch sind wir schon bisher in beschämender Weise zurückgeblieben der Militärausgaben wegen. In Preußen stockt die Reform des Eisenbahnwesens, hat man kein Geld für 11 Baugewerkschulen und beschneidet man die Zuschüsse der Fortbildungsschulen. Während man dort so um Tausende rechnet, füllt uns der Reichskanzler an, dieser Vorlage gegenüber den Nachbarn ist aus der Hand zu legen. Herr v. Huene deutete an, als könnten die Patrioten sich bisher nur mit dem Stroh verteidigen, als werde ihnen erst jetzt das Gewehr in die Hand gegeben. Was nützt ihm das Gewehr, wenn er nichts zu essen, keine Bekleidung hat? (Oho! recht.) Der Reichskanzler hat angedeutet, daß wir unser Programm in Bezug auf die zweijährige Dienstpflicht verleugneten. Wir sind aber bereit, die Mehrkosten für die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit zu bewilligen. Wir haben die zweijährige Dienstzeit verlangt zur Entlastung des Volks, in der Form, wie sie sich jetzt präsentiert, bedeutet sie aber eine Belastung. Unser Antrag will die Ersatzreserve beibehalten, der Antrag Huene sie in zweijährige Mannschaften umwandeln. Bleibt man sie ab, so bleiben bei ihm 36 000 neu Ausgebildete, während wir 25 000 Mann mehr ausbilden wollen. Was bedeutet der geringe Unterschied von 11 000 Mann? Für das Kriegsheer 194 000 Mann. Und diese Ziffer soll bei einer Kriegsstärke von 4 Millionen entscheidend sein für die Zukunft Deutschlands? Die Vorlage bezweckt ja gar nicht die Verstärkung der Kriegsmarine, sondern eine Erhöhung der Kriegsbereitschaft. Wir haben seit 1874 unsere Friedenspräsenzstärke um 86 000 Mann erhöht, die Franzosen nur um 43 000 Mann. 1890 hat v. Verdy in der Kommission ausgesprochen, daß wir jeder Zeit in der Lage seien, einen Kampf mit Frankreich ehrenvoll zu bestehen. Wie stimmt das mit der jetzigen Schilderung? Daß die zweijährige Dienstzeit auf der Grundlage der jetzigen Präsenzstärke zum

Militärsystem führe, ist ebenso ein Schlagwort wie das vom Militarismus. Redner weist dann darauf hin, daß die Tausende, die zu Burschen zu verwendet würden, zum Dienste selbst herangezogen werden könnten. Wir geben für die Armee mehr aus als England für Armee und Marine; die Lasten sind auch viel höher als in Oesterreich, Italien, Rußland. Es ist in der Kommission festgestellt worden, daß die nächsten 4 Jahre 24 Millionen neue Ausgaben im Reiche bringen werden, daß schon jetzt die Einnahmen ausreichen. Der Antrag verlangt nun 55 Millionen dauernde Ausgaben; dazu kommen etwa 100 Millionen für die Kasernen. Und angesichts solcher Verhältnisse hat der Reichskanzler so cavalierement die Deckungsfrage behandelt: wenn Euch diese Steuern nicht gefallen, sucht Euch andere! Auch das Finanzprogramm des Herrn v. Huene war nicht recht ausreichend für einen Reichsschatzsekretär der Zukunft. (Heiterkeit.) Die Zukunftssteuer, auf die er hinwies, hat neulich schon Abwardt empfohlen. (Heiterkeit.) Und wenn er eine Erhöhung der Matrikularbeiträge und der Einkommensteuer in Vorschlag bringt, so frage ich: wie denkt denn Kollege Miquel darüber, Angesichts des seit Menschengedenken nicht dagewesenen Defizits von 50 Millionen in drei auf einander folgenden Jahren. Ist Herr v. Huene etwa bereit, die Ueberweisung der Grundsteuer zu Gunsten der Militärvorlage zu stützen, oder wenigstens das unberechtigte Geschenk an die Gutsbesitzer, das in der Ueberweisung liegt, zu beseitigen? Interessant war der Hinweis auf die Erhöhung der Einkommensteuer allerdings. Man müßte, um die Kosten der Vorlage aufzubringen, die Einkommensteuer von 100 auf 160 erhöhen. Das muß besonders hervorgehoben werden, da die Begünstigung für die Vorlage sich gerade bei den Wohlhabenden zeigt. Wenn den Herren Bankdirektoren, Kommerzienräthen u. s. w., die sich neulich im Gürzenich zu Köln versammelten, die Perspektive auf eine solche Erhöhung der Einkommensteuer gezeigt worden wäre, so hätte die Begünstigung wohl eine kleine Abkühlung erfahren. (Heiterkeit.) Auch die vom Reichskanzler gelobte Bereitwilligkeit, dem Volke Lasten aufzuerlegen, wäre mehr werth, wenn die Herren bereit wären, auf die Privilegien der Grundbesitzer im Osten zu verzichten. Machen Sie den Anfang, legen Sie die 40 Millionen Ueberschuß der Brenner auf den Altar des Vaterlandes nieder (Unruhe rechts, lebhafter Beifall links), wenn Sie meinen, daß es sich um die Ehre und Zukunft des Vaterlandes handelt. Aber in demselben Augenblick, wo die Herren neue Lasten dem Volke auferlegen, gründen sie einen Bund zur Lebensmittel-Vertheuerung. (Unruhe rechts, Beifall links.) Der Reichskanzler meinte, die Vorlage werde dem Verkehr, dem Handel Ruhe geben. Den Verkehr aber beruhigt das Vertrauen auf eine schnelle Offensive nicht; das Verkehrs- und Erwerbsleben wird besser gekühlt durch Unterlassung immer neuer Steuerprojekte, Polizeigesetze u. d. Der Reichskanzler sprach von der Volkstimmung. Die Gründe der Unzufriedenheit braucht man sich gar nicht so transzendental vorzustellen; die Unzufriedenheit rührt daher, daß man im neuen Reich immer neue Steuern, neue Soldaten verlangt, immer neue Strafgesetze macht. Das Programm würde beruhigender wirken: keine neuen Steuern, keine neuen Soldaten, keine neuen Straf- und Polizeigesetze! (Heiterkeit.) Es ist überaus bequem, sich, wie der im Auslande lebende Herr, den der Reichskanzler gesprochen, an der Macht Deutschlands zu erfreuen, wenn man nichts zu den Lasten beizutragen braucht. Im Volke würde man es nicht verstehen, wenn man die Bewilligung aussprechen würde, nachdem in der ersten Lesung nur ein kleines Häufchen dafür gewillt ist. Das Ansehen des Reichstages würde nicht gewinnen, wenn man jetzt seine Ansicht änderte. Herr v. Huene freilich sprach mit dem ganzen Eifer des Neubefehlerten für die Vorlage. Er sieht, wie er sagt, einen Konflikt voraus und will für ihn die Verantwortung nicht übernehmen. Was soll das bedeuten? Ein Konflikt ist doch nicht da, wenn der Reichstag von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch macht; dann ist eben die Vorlage fortgefallen. Ein Konflikt ist nur da, wenn Macht und Gewalt über Recht geht, wenn die Regierung zum Staatsstreich greift, die Revolution von oben beginnt. Gott beschütze die Regierung vor ihren Freunden, am meisten vor Herrn v. Huene. (Große Heiterkeit.) Gerade durch seine Auslassungen könnte sich der Reichstag veranlaßt fühlen, die Verfassung zu brechen und Gewalt zu üben. Der Reichstag wäre niemals werth gewesen, das Recht, das er hat, zu besitzen, wenn er sich durch die Furcht es zu verlieren, abhalten ließe, es zu benutzen. (Lebhafter Beifall links.) Für einen Antrag kann man unmöglich stimmen, wenn der Antragsteller durch die Vorhaltung der Pistole der Vergewaltigung den Reichstag auffordert, zu Kreuzen zu treten. (Beifall links.) Oho rechts.) Meine Freunde glauben, daß sie niemals patriotischer gehandelt haben, als in diesem Augenblick (ärmlicher Widerspruch rechts), indem sie den Antrag Huene ablehnen und dadurch die Aufgabe erfüllen, die militärischen Interessen mit der notwendigen Schonung der Volkskraft in Einklang zu bringen. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi meint, daß Nichter im wesentlichen nur das schon oft Gesagte wiederholt habe; und er deshalb darauf verzichten müsse, im einzelnen darauf zu antworten. Die Sache sei zu ernst, als daß er an dialektische Gründe den Erfolg knüpfen könnte. Nichter hat gesagt, Gott beschütze die Regierung vor ihren Freunden und nannte den Namen Huene. Ich entgegne ihm, wenn die Regierung beschützt wird von Männern, die den Grad von Charakterstärke und Muth haben, der dazu gehört, um gegen die eigene Fraktion die Regierung zu unterstützen, so kann die Regierung sich nur glücklich schätzen. (Lebhafter Beifall rechts.) Es gehört mehr dazu, das auszuführen, was Herr Huene gethan hat, als die Rede zu halten, die Herr Nichter hielt. (Lebhafter Beifall rechts.) Herr Nichter greift Gedanken auf und verwerthet sie akrobatisch. Er wirft sie in die Luft, und dann kommen sie als etwas Anderes herunter. (Heiterkeit.) Er urtheilt abfällig von der Offensive. Da möchte ich doch noch einmal auf die Wirkung des Krieges im eigenen Lande zurückkommen, und um nicht in den Verdacht der Schwarzmalerei zu kommen, nur erwähnen, was das Land von den eigenen Truppen zu leiden haben würde. Wir würden nicht viel anders verfahren können, als wir in Frankreich verfahren sind. Wir sind sehr human gewesen, aber

die Truppe muß leben und muß untergebracht werden. Und wenn das letzte Bett und das letzte Brod den Einwohnern genommen wird, so läßt sich das nicht ändern. Welcherseits ist nicht am Plage, wo der Sieg und damit das Dasein des Staates in Frage kommt. Wir könnten nicht umhin, einzuquartieren und zu requirieren, Bauten zu zerstören, die wieder zu errichten, lange Jahre erfordern würde. Ich könnte mit ganz anderen Farben malen; ich verzichte darauf und will Ihnen nur ans Herz legen, daß der Krieg im eigenen Lande unter allen Umständen etwas sehr Schweres ist. Ihn vermeiden kann man nur durch die Offensive. Nichter hat mit einer nicht zu verkennenden Spitze auf Veränderungen hingewiesen, die seit dem Sommer 1888 vor sich gegangen seien. An den Umschwung würden dann doch Fürst Bismarck und Moltke mitgewirkt haben. Er wirft mir vor, ich hätte die Deckungsfrage cavalierement behandelt. Ich hatte gar nicht die Absicht, mich in sie zu vertiefen, denn was soll ich mich groß und breit darüber aussprechen, wenn Herr Nichter durch den großen Einfluß, den er hat, es schließlich dahin bringen wird, daß die Vorlage scheitert. Er hat von der Belastung des Volkes gesprochen. Ich würde ihm die Namen von 8 ersten deutschen Autoritäten und 4 ausländischen nennen können, welche der Meinung sind, daß Deutschland nicht überlastet ist, wenn ich nicht die Besorgnis hätte, daß diese Herren hier der Gegenstand der Kritik des Herrn Nichter sein würden ohne sich wehren zu können. Es steht fest, daß in Deutschland 1/2 bis 3/4 der Staatssteuern für die Kosten der Zivilverwaltung verwendet werden, in Frankreich nur etwas über 1/2. Als Kopfquote der Landesverteidigung kommt auf Deutschland 9,10 Mark, Oesterreich 14,7, Italien 24,3, Frankreich 42,4, England 29,6. Die Ueberzeugung Nichters, daß die preussische Finanzlage dauernd so schlecht sei, habe ich nicht; die Einnahmen aus den Eisenbahnen werden schon erheblich günstiger. Ich muß nur noch etwas zu meinen gestrigen Bemerkungen nachholen. Ich habe gesagt, wir wollen uns vorbehalten, wenn Neuwahlen doch kommen, auf unsere ganze Forderung zurückzukommen. Ich bin heute in der Lage zu erklären, daß wir das nicht thun würden, und um das in eine einfache Formel zu fassen, so sage ich, daß, wenn es zu Neuwahlen kommt, unsere Wahlparole der Antrag Huene sein wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Frhr. v. Stumm** (Hr.) (auf der Tribüne im Zusammenhang verständlich) wendet sich gegen den Abg. Nichter und führt aus, daß das deutsche Volk sehr wohl im Stande sei, die Last der Militärvorlage zu tragen, und daß die Sicherung des Friedens, wie sie die Vorlage bezwecke, soviel für den Wohlstand des Landes betrage, daß die Kosten eine Versicherungsprämie bildeten, die das Volk gern übernehme. Weiter sucht Redner darzulegen, daß Nichters Angaben über die Stärke der russischen und französischen Armeen im Vergleich zu der deutschen und zur Dreihundtsarmee unrichtig und seine Zahlen falsch gruppiert seien. Er verteidigt dann die Vorlage gegen einzelne Einwendungen, z. B. daß nicht die nöthigen diensttauglichen Mannschaften vorhanden seien. Seine Partei werde für den Antrag Huene stimmen, so sehr sie auch bedauere, daß die Forderungen für die Kavallerie gestrichen würden.

Abg. **Bebel**: Meine Partei nimmt gegenüber der Vorlage noch ganz denselben Standpunkt ein, wie früher. Ich will daher auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Der Reichskanzler meinte gestern, meine Ausführungen in der Kommission über die europäische Lage hätten mich dahin führen müssen, für die Vorlage zu stimmen. Derselben Anschauungen hat meine Partei schon seit 22 Jahren vertreten. Die Regierung hat sie durch all die Reihe von Jahren bekämpft. Jetzt vertritt sie auch der Reichskanzler und vertreten alle Parteien sie. Das ist für uns recht schmeichelsaft. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß Deutschland alles ausbieten müsse, um im Falle eines Krieges mit 2 Fronten sich wehren zu können. Als Deutsche dürfen wir unter keinen Umständen dulden, daß man über uns herfällt und unser Land zerstückt. Auch als Sozialdemokraten haben wir ein Interesse daran, nicht ruhig zuzusehen. Nur in der Sicherung der Möglichkeit, daß die Zustände sich bei uns ungehindert weiter entwickeln, können wir zum Sozialismus kommen. Deshalb sind wir verpflichtet zu sorgen, daß uns von auswärtigen Feinden kein Schaden geschieht. Es ist die Aufgabe der Regierung, die Angelegenheiten so zu ordnen, daß die Opfer, die nöthig sind, möglichst wenig drücken. Heute sind wir hart an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen. In den breiten Volksmassen ist keine Neigung, weitere Lasten zu übernehmen. Wir wissen, daß Sie nur die Angst vor den Wählern abhält, der Vorlage zuzustimmen. Der neue Reichstag wird der Vorlage noch ungünstiger gestimmt sein, und dann wird in Regierungskreisen ernsthaft die Frage entstehen, ob das allgemeine Stimmrecht aufrecht erhalten werden soll. Soll aber die Masse des Volkes Soldaten und Geld hergeben, so sind Sie auch verpflichtet, die Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten. Hüten Sie sich, an dieses Recht zu rühren. Der Revolution von oben könnte leicht die Revolution von unten folgen. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Redner führt dann aus, daß die Abnahme des Getreide- und Fleischverbrauchs den materiellen Rückgang unserer Volkswirtschaft und auch eine physische Degeneration befürchten lasse. In allen Schichten der Bevölkerung ist, nicht aus Schuld der Regierung, sondern aus Grund der ökonomischen Entwicklung eine wachsende Unzufriedenheit vorhanden. Da ist die Vorlage der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen bringt. Herr von Stumm hat sich zwar bereit erklärt, wenn die Kosten der Vorlage durch die Einkommensteuer aufgebracht werden müßten, seinen Anteil zu tragen. Die Mehrzahl seiner Klassenangehörigen ist dazu jedoch nicht bereit. (Sehr richtig! links.) Man läßt lieber die Konsumartikel der großen Masse bluten. Unzweifelhaft ist die Vorlage aus dem Gesichtspunkte hervorgegangen, daß Italien und Oesterreich bereits an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen sind. Ebenso sicher ist aber, daß Frankreich und Rußland auf die Dauer eine Erhöhung der Last, die sie sich bisher auferlegt haben, nicht würden tragen können. Seit Jahrzehnten zum ersten Male weist der französische Etat ein Defizit von 150 Millionen auf; die Rückzahlungen aus den Sparcassen, der Verkauf von Rentenpapieren hat erheblich zugenommen. Und in Rußland hat sich herausgestellt, daß durch die eigenthümlichen Manipulationen bei der Bauern-Emancipation



Der russische Bauernstand total ausgewuchert ist. Der russische Kredit ist soweit herunter, daß selbst die Franzosen ihm nicht mehr trauen. Da müssen wir uns doch fragen, ob es nötig ist, daß wir weiter gehen. Der Reichstag ist doch keine bloße Maschinerie und muß sich trotz der militärischen Autoritäten selbst ein Urteil bilden. Es ist eigentümlich, daß die Militär-Autoritäten noch vor wenigen Jahren eine weitere Vermehrung der Armee für absehbare Zeit als ausgeschlossen erklärten. Sie haben überhaupt oft genug ihre Anschauungen gewechselt; so auch über die zweijährige Dienstzeit. Redner verteidigt sodann ausführlich das Militärsystem, gegen das nicht sowohl militärtechnische als politische Gründe geltend gemacht seien. Die Einführung des Militärsystems auf einmal habe seine Partei niemals verlangt. Er schließt mit der Versicherung, die Tage würden kommen, wo die Massen nicht so bereitwillig über einander herfallen würden, wie jetzt, daß sie sich die Frage vorlegen werden: wozu? Womit auch zugleich die Antwort gegeben sei. Wenn auch die Herrschenden von der Widersinnigkeit des mit der Entwicklung unserer ganzen Kultur nicht zu vereinbarenden Militärsystems nicht zu überzeugen seien, so griffen die Gedanken und Ideen, die seine Partei vertrete, doch im Volke immer mehr um sich. Sollten die Wähler in der nächsten Zeit an die Wahlurne gerufen werden, so würden sie die Antwort nicht schuldig bleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Weiterberatung wird hierauf bis Freitag 12 Uhr vertagt. Schluß gegen 5 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 4. Mai, 11 Uhr.

In dritter Beratung werden nach unwesentlicher Debatte angenommen: Die Gesetzentwürfe betr. Aenderung von Amtsgerichtsbezirken; betr. die Aufhebung der Kabinettsordre vom 27. Juni 1845 über die Revision kaufmännischer Bücher in Orlas; betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Orlas; betr. den Einfluß von Vorrechtenräumungen auf das geringste Gehalt in dem Verfahren der Zwangsversteigerung.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1891/92 werden an die Rechnungs-Kommission verwiesen.

Der Staats-Schuldenkommission wird für ihren Bericht für 1891/92, der durch Kenntnisknahme als erledigt erklärt wird, Decharge erteilt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs betr. die Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienst-einkommens der Volksschullehrer, dessen § 1 bereits mit dem Ergänzungsgesetz beraten und erledigt worden ist.

§§ 2 und 3 bestimmen, daß Streitigkeiten über Erhöhung der Lehrergehälter und Ausstattung der Schulgebäude, wenn solche von der Schulaufsichtsbehörde als notwendig anerkannt werden, von dem Regierungspräsidenten bzw. dem Bezirksausschuß in erster und dem Unterrichtsminister in letzter Instanz geregelt werden.

Abg. Dr. Brühl (Hosp. des Zentr.) erklärt, daß eine Nothwendigkeit zur gesetzlichen Aenderung des Gesetzes von 1887, das allerdings einige Mängel im Gefolge gehabt habe, nicht vorliege. Eine Aenderung würde aber am besten im Rahmen eines Schuldotationsgesetzes herbeizuführen sein.

Abg. v. Schandendorff (nl.) spricht seine prinzipielle Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aus, vermißt aber die Festsetzung eines Mindestgehalts in § 2, so daß die Gemeinden keinen genügenden Anhalt hätten. Um die Bedenken zu beseitigen, sollte die Vorlage nunmehr an die Untersuchungskommission verwiesen werden.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) glaubt, daß dieses Gesetz zwar Rücksicht nehme darauf, wenn die Selbstverwaltungsbehörden egoistisch verfahren, daß es aber diese Behörden nicht gegen eine ungerechte Behandlung seitens der Schulaufsichtsbehörde schütze. Den Weg eines Schuldotationsgesetzes, das aus dem Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes herausgelöst werde, halte die konservative Partei nicht für gangbar; sie verlange ein einheitliches Schulgesetz. Was die gegenwärtige Vorlage betreffe, so dürfe man nicht die Gemeinden über Gebühr belasten, um den Lehrern einen Vortheil zukommen zu lassen. Die absolute Beseitigung des Schulgelbes sei ein schwerer Irrthum gewesen. Man könne nicht einsehen, warum nicht Schulgelb als Gebühren für besondere Aufwendungen entsprechend den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes zu erheben sei. Redner erklärt sich gegen die Vorlage, da man derartige Schulfragen nicht stückweise lösen könne, sondern nur im Rahmen eines Volksschulgesetzes; daß eine Regelung der in der Vorlage berührten Punkte notwendig sei, erkenne er an.

Abg. Richter (Hr.): Wir haben heute wieder durch die Rede des Grafen Limburg einen Beitrag zu dem erhalten, was die rechte Seite mit der Schule will. Woher kommt es, daß Sie jetzt nach tagelangen Beratungen nicht begreifen, was Sie früher so leicht begriffen haben? Erinnern Sie sich denn nicht, daß früher aus Ihrer Mitte Herr Kropatsch selbst Initiativentwürfe auf schleinige Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes einbrachte? Die Schulfrage hält das ganze Volk in Athem. Warum veröffentlicht das Ministerium nicht die Älten über das Dotationsgesetz, das doch schon Herr v. Götter fertig gestellt hatte. Wenn wir Millionen für das Heer ausgeben, so dürfen wir doch auch für die Volksschulen das Gleiche verlangen. Wenn Gemeinden nicht prästationsfähig sind, so muß der Staat, das Ganze, dafür eintreten. Ich möchte gerne wissen, warum ein Dotationsgesetz für sich ohne allgemeines Schulgesetz nicht möglich ist. Gründe haben Sie nicht beigebracht. Die Politik, die uns Herr Graf Limburg vorgeführt hat, eröffnet uns eine schöne Perspektive. Ich kann mir das nur daraus erklären, daß Fürst Bismarck nicht mehr hier ist, der als Programmpunkt die Abschaffung des Schulgelbes als der drückendsten Kopfsteuer verlangte. Die Ablehnung der Vorlage wäre eine trasse Ungerechtfertigt.

Abg. Dr. Wärmeling (Hr.): Auch ich bestreite nicht, daß Mängel da sind, solche giebt es auf allen Gebieten. In dem aber die Regierung die Maßnahmen der Kreisaußschüsse für nicht richtig hält, so steht doch hier Ansicht gegen Ansicht, und warum soll da immer die Regierung im Rechte sein? Aus solchen einzelnen Fällen kann man kein Gesamturtheil über ein ganzes Gesetz fällen und nicht verlangen, daß man jetzt das ganze Gesetz von 1887 aufhebt. Wenn der Minister ein einheitliches Schulgesetz jetzt und auch in absehbarer Zeit nicht einbringen will, und sich mit dem gegenwärtigen Zustand begnügt, so können wir das nicht, wir brauchen ein solches einheitliches Gesetz und wird sich doch auch noch da. Eine Rechtsungleichheit existirt jetzt auf dem Schulgebiet in den verschiedenen Gegenden, die kaum mehr zu ertragen ist.

Abg. Frhr. v. Bedlich (Hr.): Auch ich halte es für das Beste, alle diese Sachen durch ein allgemeines Schulgesetz zu regeln. Aber ein solches Schulgesetz muß auf den Traditionen der preussischen Volksschule aufbauen sein. Ein allgemeines Schulgesetz, welches diesen Traditionen Rechnung trägt, hat vorläufig keine Aussicht auf Annahme. Wir werden das vorliegende Gesetz ablehnen. Wir wünschen, daß eine organisatorische Regelung des Verhältnisses der Selbstverwaltungskörper und der Schulverwaltung stattfinden muß, und wir bitten die Regierung, uns im nächsten Jahre eine Vorlage nach dieser Richtung zu machen.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Jetzt, wo uns so viele andere wichtige Dinge beschäftigen, sind wir nicht im Stande, uns mit einer einzelnen Schulfrage außerhalb des Rahmens eines allgemeinen Schulgesetzes gründlich zu beschäftigen. Aus diesem Grunde schon kann man nicht für die Vorlage stimmen.

Darauf wird § 2 unter Ablehnung des Antrags auf Kommissionsverweisung abgelehnt, ebenso wird der Rest des Gesetzes abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident v. Köller schlägt für Sonnabend 11 Uhr die dritte Lesung des Ergänzungsgesetzes und des Ueberweisungs-gesetzes vor.

Abg. Frhr. v. Heereman (Hr.): Wie wir schon früher gesagt haben, hängt unsere Stellung zu den Steuergesetzen von dem Ausfall des Wahlgesetzes ab, da diese Gesetze in Wechselwirkung mit einander stehen. Da nun das Herrenhaus das Wahlgesetz abgeändert hat, so möchte ich bitten, das Ergänzungsgesetz noch nicht auf die Tagesordnung des nächsten Sonnabend zu setzen, so daß wenigstens eines der Steuergesetze erst dann zum Abschluß kommt, wenn das Schicksal des Wahlgesetzes definitiv entschieden ist.

Präsident v. Köller: Wenn wir mit der dritten Beratung der Steuergesetze so lange warten wollen, bis das Wahlgesetz definitiv angenommen ist, so würden wir erst im Juli zur dritten Beratung der Steuergesetze kommen. Das aber wird wohl das Haus nicht wünschen. Ich glaube, man trägt dem Wunsche des Vorredners dadurch auch schon Rechnung, wenn man die Schlussabstimmung über das Ergänzungsgesetz bis nach der Entscheidung über das Wahlgesetz auslegt.

Abg. Frhr. v. Heereman (Hr.) bejaht dies.

Präsident v. Köller: Dann bleibt es also bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Ob das Haus den Wunsch des Herrn von Heereman betreffs der Schlussabstimmung erfüllen wird, darüber wird es dann später zu entscheiden haben.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Dritte Beratung des Ueberweisungs-gesetzes und des Ergänzungsgesetzes). Schluß 2 Uhr.

## Die Militärvorlage.

□ Berlin, 4. Mai.

Heute Nacht hat der Kaiser unmittelbar nach seiner Rückkehr eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler in dessen Wohnung gehabt, heute Morgen hat er abermals eine gute Stunde mit dem Reichskanzler im Schloß konferirt, und heute Abend wird Graf Caprivi eine Anzahl von Parlamentariern als Gäste bei sich sehen. Es heißt, daß der Kaiser an der Unterhaltung theilnehmen werde. So wird offenbar ein letzter Versuch gemacht, die Militärvorlage noch durchzusetzen. Zwar die Auflösungsordre ist bereits unterzeichnet; sie ruht in der Mappe des Reichskanzlers, aber die Sehnsucht nach Verständigung ist innerhalb der Regierung so groß, daß man dort durchaus und gar zu gern noch glauben möchte, was man so innig wünscht, nämlich, daß es möglich sein könnte, immer noch um die unendliche Schwierigkeit für Neuwahlen heranzukommen. Es wird im Reichstage mit guten Grunde auf die Unterhaltung des Kaisers mit dem Grafen Caprivi zurückgeführt, daß der Letztere heute ein weiteres bedeutsames Angebot machte. Der Reichskanzler hat seine gestrige Erklärung formell zurückgenommen, wonach die Parole der verbündeten Regierungen bei Neuwahlen nicht der Antrag Huene, sondern die ursprüngliche Regierungsvorlage sein sollte. Er hat erklärt, daß nunmehr der Antrag Huene den Boden bilden wird, von dem aus die verbündeten Regierungen in die Wahlen gehen werden. Das ist eine Rückendeckung für den Abg. v. Huene, es ist der Versuch, noch ein paar Zentrumsleute herüberzuziehen, aber helfen wird es nichts. Auch das würde voraussichtlich zwecklos sein, daß noch eine dritte Lesung ermöglicht wird. Ob dies geschieht, hängt einzig und allein von der Regierung ab, die nur einen entsprechenden Wunsch zu äußern braucht, damit die Konservativen durch Annahme der gesetzlich fixirten zweijährigen Dienstzeit (§ 1 der Vorlage) einen Torso in die dritte Lesung hinüberretten. Die wahrscheinlich endgiltige Entscheidung gegen den Antrag Huene werden zwei Umstände geben: der unermuthete Eintritt der Elsaß-Lothringer, die von badischen Zentrumsabgeordneten dringend herbeigerufen worden sein sollen, und sodann die wieder hergestellte Einigkeit in der freisinnigen Fraktion. Welche Wirkung dieser letztere Vorgang auf die Neuwahlen und innerhalb der kommenden Wahlbewegung haben wird, darüber läßt sich an der Hand der Erfahrung nicht sprechen. Denn eine derartige Erfahrung ist bisher noch nicht in unserem politischen Leben gemacht worden. Im Reichstage wurde heute erzählt, daß der Abg. Richter in einer kurzen Erklärung auseinanderzusetzen werde, weshalb er und seine zur Annahme des Antrags Huene entschlossenen Freunde so handeln werden, wie sie sich neuerdings vorgenommen haben. Dann wieder hieß es, die Erklärung werde unterbleiben, und der plötzliche Umschwung werde sich nur in der Abstimmung zeigen. Ueberhaupt schwärmen die Gerüchte ganz bunt und widerspruchsvoll durcheinander. Es herrscht im Reichstage eine Bewegung, die zu der politischen Spannung noch diejenige hinzufügt, wie sie etwa auf Rennplätzen zu herrschen pflegt. Die Ungewißheit über den Ausgang bringt eine wachsende Nervosität mit sich, und nicht die Abgeordneten allein sind es, deren ungeduldige Erwartung zu fiebernder Intensität ansteigt. Was man bei uns sonst selten zu sehen bekommt, die Antheilnahme eines größeren Publikums an den Vorgängen im Reichstage, das zeigt sich seit gestern. Eine dichtgedrängte Menschenmenge umlagerte gestern wie heute das Reichstagsgebäude, und es war ein Publikum der besten Gesellschaft, das die Ausgänge wie die Straße besetzt hielt, darunter zahlreiche Offiziere.

Ueber die Vorgänge in der Zentrumsfraktion hört man noch, daß es einer besonderen Anstrengung bedurfte, um den Buch zwischen dem kleinen Hueneschen Flügel und der Mehrheit nicht sofort eintreten zu lassen. Der Abg. v. Huene

ging heute wie die verkörperte Verdrossenheit im Foyer auf und ab. Er ist offenbar bis in den Grund der Seele hinein verstimmt und er verbirgt nicht, daß er mit dem Zentrum fortan nichts mehr zu thun haben will. Wie die Abstoßung des Hueneschen Elements dem deutschen Ultramontanismus bekommen wird, das wird man ja bei den Wahlen sehen. Wenn die Zentrumsdemokraten glauben sollten, daß sie den Wettlauf mit anderen volksfreundlichen Parteien aushalten können, so mag sie die Dortmunder Wahl etwas nachdenklich stimmen dürfen. Die Partei hat sich hier ohnehin schon den Zusangelich infizirten Herrn Bensing gefallen lassen müssen, und trotz der Zugkraft der neumodischen klerikalen Demagogie ist der immerhin vorhandene Stimmengewinn gering im Vergleich zu dem des sozialdemokratischen Kandidaten Tölke.

Daß im gegenwärtigen Stadium der Dinge die Verhandlungen des Reichstages nur eine untergeordnete Rolle spielen können, liegt so sehr in den Verhältnissen, daß sich der Reichstag bewußt ist, mit den jetzigen Debatten eine zwar unvermeidliche, aber fruchtlose Arbeit vorzunehmen. Alle Reden, und mögen sie mit Engelszungen gehalten werden, können nichts mehr ändern. Sie können Niemandem mehr in seiner Entscheidung wandken machen. Die bedeutungsvollste und eindrucksvollste der heutigen Reden war die des Abg. Richter. Sie steht als die glänzendste Zusammenfassung derjenigen Gründe dar, aus denen ein gewissenhafter und seine Verantwortung voll empfindender Politiker zur Ablehnung der Vorlage kommen muß; sie bildet so den ebenbürtigen Gegensatz zu den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Was den stärksten Eindruck im Hause machte und wahrscheinlich auch im Lande machen wird, das war der Schluß der Richterschen Rede, der es mit Zug und Recht brandmarkte, daß mit dem Heraufbeschwören eines Verfassungs-bruchs ein Appell an die Furcht des Reichstages versucht worden war, wie es Herr von Huene unkluger Weise gethan hatte. Man hätte gewünscht, daß der Reichskanzler in seiner kurzen und wohlgerundeten Erwiderung ein Wort der Beschwichtigung in dieser Hinsicht ausgesprochen hätte, aber dann wieder muß man es eigentlich für selbstverständlich halten, daß dies unterblieben ist. Denn wie käme der Reichskanzler dazu, sich gegen ein Mißtrauen zu verwahren, mit dessen bloßer Andeutung der bisherige Zentrumsführer ihn, den Grafen Caprivi, im Grunde verletzt hat? Und so hatte der Abgeordnete Richter zehnmal Recht, wenn er erklärte, die Regierung könne ausrufen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden, am allermeisten vor Herrn von Huene! Die Rede des Frhr. v. Stumm hörten nur etwa dreißig pflichtgetreue und höfliche Abgeordnete an; die übrigen retteten sich schleunig in das Foyer. Der Abg. v. Stumm ist für seine Person entschlossen, die materiellen Opfer auf sich zu nehmen, die die Militärvorlage uns zumuthen würde. Richter hatte vorgerechnet, daß beim Fehlen einer gleichzeitigen Verständigung über die Deckungsfrage die Kosten durch erhöhte Matrikularbeiträge aufgebracht werden müßten, was für Preußen eine Erhöhung der Einkommensteuer um sechzig Prozent bedeuten würde, und er hatte gefragt, wie das den preussischen Steuerzahlern schmecken würde. Nun, der Abg. v. Stumm will die sechzig Prozent Zuschlag gern zahlen. Man kann ihm das glauben, zumal er es dazu hat. Aber ob der letzte der heutigen Redner, Bebel, wohl so ganz unrecht hatte, als er sehr bezweifelte, ob es die Klassengenossen des freikonservativen Führers ebenfalls thäten? Wir glauben, nicht. Die Art und Weise, wie Richter und Bebel, jeder nach den entsprechenden besonderen Bedingungen und Bedürfnissen seiner Partei, die finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen in den Vordergrund rückten, wird typisch werden für die Führung des Wahlkampfes durch diese beiden Parteien. Es war ein scharfer und ins Ziel treffender Stoß, den der Abg. Richter mit der Frage machte, warum denn die Konservativen ihren Patriotismus und ihre Opferwilligkeit nicht durch Darbringung der vierzig Millionen-Brantweinbrennerprämie auf den Altar des Vaterlandes beweisen. Bei dieser heißen Frage wurden die Konservativen ungemein nervös. Sie werden sich auch hüten, in der ferneren Verhandlung die Antwort darauf zu geben. Sie werden sich einfach auf das gute Sittenzeugniß zurückziehen, das ihnen gestern der Reichskanzler ausgestellt hat, und womit sie für die Wahlen von vornherein als gehätschelte Regierungspartei abgestempelt worden sind.

Morgen werden für die Rechte Herr v. Mantuffel, für die Nationalliberalen Herr v. Bennigsen, für die Polen Herr v. Komierowski zum Worte kommen. Damit könnte die Debatte eigentlich geschlossen werden, aber es ist noch ein ansehnliches Redebedürfnis da, und so wäre es möglich, daß sich die Verhandlung noch bis zum Sonnabend hinzöge. Immerhin wird der Abschluß mit nur noch einer Sitzung, der morgigen, für das Wahrscheinlichere gehalten. Die Sitzung beginnt ausnahmsweise schon um 12 Uhr.

Die „Lib. Corr.“ berichtet noch: Nach der Fraktions-sitzung der freisinnigen Partei am Donnerstag hält man in den parlamentarischen Kreisen die Meinungs- verschiedenheiten über die Stellung der Partei zu der Regierungsvorlage bzw. dem Antrag Huene für beseitigt. An der Mehrheit für den Antrag Huene fehlen nach den angestellten Berechnungen drei und dreißig Stimmen. Unklar ist noch, ob die Auflösung des Reichstages nach der Freitagssitzung oder erst am Sonnabend erfolgt. Zu einer



dritten Lesung wird es wohl nicht kommen. Andernfalls würde sich die Entscheidung bis Anfang nächster Woche hinziehen. Der Bundesrath hat angeblich heute bereits den Antrag erhalten, der Auflösung des Reichstags zuzustimmen.

Die „Freis. Ztg.“ schreibt: Aus der freisinnigen Partei im Lande und in Berlin erhalten wir eine große Anzahl von Kundgebungen und Resolutionen, brüsk und telegraphisch, welche eine große Aufregung und Entrüstung bekunden über die Zeitungsanfrage, daß eine Anzahl Mitglieder der freisinnigen Partei für den Kompromißantrag Huene stimmen werden.

Wir können unsere Freunde dahin beruhigen, daß, wie die Fraktionsstimmung am Mittwoch Abend festgestellt hat, aus der freisinnigen Partei nur ein oder höchstens zwei Mitglieder für den Antrag Huene stimmen werden. Die gegentheilige Auffassung außerhalb des Reichstages ist dadurch entstanden, daß man die Boten in der Fraktion gegen die Wiedereinbringung des Kommissionsantrages Richter und die fehlenden Unterschriften unter dem Fraktionsantrag falsch auslegte. Weder war aus jener Fraktionsabstimmung ein Schluß zu ziehen auf eine Zustimmung zum Antrag Huene, noch bekundeten die fehlenden Unterschriften an sich einen Dissens zu dem Fraktionsantrag. Der Fraktionsantrag ist unmittelbar nach Schluß der Sitzung im Bureau des Reichstags abgegeben worden. An demselben Tage, als einem sitzungsfreien Montag, fehlten noch viele Fraktionsmitglieder in Berlin. Auch hielt man sich ohne besondere Ermächtigung in diesem wichtigen Falle nicht für befugt, die Namen von Mitgliedern, welche in der Fraktion nicht anwesend waren, als Unterzeichner des Antrags hinzuzufügen.

Die „Kreuzztg.“ bestätigt, daß die konservative Partei sich angesichts des Lobes, welches der Reichskanzler ihr am Mittwoch zu Theil werden ließ, weil sie bei allen Fragen der Heeresvermehrung und auch in diesem Falle auf Seiten der Regierung gestanden und ihre Einzelüberzeugung im Interesse des Ganzen unterdrückt habe, für den Antrag Huene entschieden habe. Dabei passiert dem Blatte aber das Unglück, daß es die am Mittwoch abgegebene Erklärung des Reichskanzlers, die Regierung werde keinen Schritt weiter gehen und wenn Neuwahlen nicht zu vermeiden seien, auch die Konzeption, die sie jetzt mache — die Zustimmung zu dem Antrag Huene — wieder zurücknehmen, als eine Erleichterung für die Entscheidung der Konservativen bezeichnet, in demselben Augenblick, wo der Reichskanzler den Antrag Huene als Wahlparole aufgegeben hat. Indessen, die Konservativen werden sich auch damit abfinden.

M. Der Antrag Huene vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, verhält sich zu der Regierungsvorlage in Ziffern ausgedrückt folgendermaßen:

Beständige Friedenspräsenzstärke incl. Unteroffiziere u. Mannschaften.	Regierungspräsenzstärke	Antrag Huene	Durchschnitt excl. Unteroff.
486 983	492 060	479 229 Mann.	
Inf.-Bataillone: 538	711	excl. 4 Bat. 538	+ 173 Halbbat. = 711
Kav.-Esbataillone: 465	477		465
Feldart.-Batt.: 434	494		494
Fußart.-Bat.: 41	37		37
Blonier.-Bat.: 20	24		24
Train.-Bat.: 21	21		21
Eisenb.-Komp.: 18	27		7 Bats. = 28 Komp.
Heereskosten 515 Mill. M.	ca. 580 Mill.		ca. 571 Mill.

Die Offiziere, Beamte und Unteroffiziere lassen wir unberücksichtigt. Bekanntlich fordert der Huenesche Antrag 1095 Unteroffiziere weniger. Um die Verstärkungen der Regierungsvorlage durchführen zu können, bedarf es einer Erhöhung lediglich an Mannschaften von 6124 Rekruten, dazu kämen noch die Unteroffiziere, die Dekonomiehandwerker, Offiziere, Aerzte und Beamte. Der Antrag Huene streicht die neugeforderten 465 Schwadronen mit einem Mannschaftserforderniß von 2893 Rekruten, ferner 1095 Unteroffiziere und 2300 Dekonomiehandwerker. Die Anzahl der Feldartillerie-Batterien bleibt dieselbe, indessen sollen die neuen Batterien statt sechs nur vier bespannte Geschütze haben, so daß der Bedarf an Mannschaften im Antrag Huene für die Feldartillerie sich verringern kann. Die übrigen Forderungen der Regierungsvorlage werden acceptirt. Unklar läßt es der Antrag Huene, ob die Halbbataillone in derselben Stärke ausgestattet werden sollen wie die vierten Bataillone der Regierungsvorlage; ebenso ist nicht ersichtlich, ob die geforderten 27 Eisenbahn-Kompagnien acceptirt sind, oder ob der Antrag darüber hinausgeht. Er fordert sieben Bataillone Eisenbahntuppen, das machte genau genommen 28 Kompagnien, also eine Kompagnie mehr, als die Regierung verlangt. Im Uebrigen kann durch den Antrag Huene das Regierungsprogramm bis auf Kleinigkeiten durchgeführt werden, denn die Regierung bedarf für die 4 Bataillone nur 27 507 Mann, für die Verstärkung der Feldbataillone, 20 110 Mann, zusammen 47 617 Mann, für die Feldartillerie 11 641 Mann, Fußartillerie 5950 Mann, Pioniere 4543, Eisenbahntuppen 2018 und Train 1462 Mann, zusammen 73 231 Mann. Herr v. Huene bietet an 70 000 Soldaten. Rechnet man die Verminderung der Feldartillerie, weil nur 4 statt 6 bespannte Geschütze bewilligt werden sollen, auf etwa 1000 Mann, so bleiben nur noch etwa 2000 Mann übrig, welche nicht bewilligt werden und mithin für die anderen Truppengattungen weniger in Betracht kommen. Vom militärischen Standpunkt aus ist mithin der Antrag Huene annehmbar, vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus liegen die Dinge indessen ein wenig anders.

## Deutschland.

△ Berlin, 4. Mai. Nach den Berichten im „Vorwärts“ hat die Feier des 1. Mai in diesem Jahre einen viel größeren Umfang gehabt als in den Vorjahren. Ob diese Berichte nicht an Uebertreibung leiden, ist kaum festzustellen. Am meisten dürfte das Gelingen der Arbeitsruhe in Oesterreich die Gefühle der Sozialdemokraten zu schwellen geeignet sein. In Deutschland besteht offenbar noch Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Idee der Arbeitsruhe fortan fallen gelassen werden soll oder ob sie wieder aufgegriffen werden wird, wenn die Arbeiter sich für die Veranstaltung dieser Kraftprobe stark genug fühlen. Die Festredner am ersten Mai haben sich über diese Frage verschieden geäußert. Die Zahl derer, die hier nicht gearbeitet haben, wird auf höchstens 1000 geschätzt. Von einer Maßregelung derjenigen, die am 1. Mai die Arbeit eingestellt haben, scheint Abstand genommen zu sein. Es läßt sich auch nicht immer unterscheiden, ob wegen des 1. Mai, wegen des Montags oder aus besonderer Veranlassung nicht gearbeitet worden ist.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Der Eindruck, den die Majestäten von ihrem Aufenthalt in der Schweiz und Luzern gewonnen haben, dürfte sich vollkommen dem Eindruck der schönen Tage anschließen, welche die Majestäten in Italien verlebten haben, mit freudiger Genugthuung werden Allerhöchstdieselben in die Heimath zurückkehren, nachdem Sie gesehen, welche Gefühle der Achtung und Freundschaft Italien und die Schweiz für Deutschland empfinden.“

Wolffs Bureau meldet: An dem heute (Donnerstag) bei dem Reichskanzler stattgehabten Abendessen nahmen der Arbeitsminister Thielen, die leitenden Minister der anderen Bundesstaaten, die Bundesraths-Bevollmächtigten, Schatzsekretär v. Malzahn, Direktor Nieberding und höhere Militärs theil. Hiernach würden also weder der Kaiser, wie unser Korrespondent vermuthet hatte, noch auch Reichstagsmitglieder bei dem Souper behufs erneuter Annäherungsversuche zugegen gewesen sein. (Red.)

Die Zentrumsfraktion wählte den Grafen Pompej an Stelle des Grafen Balistrem zum Vorsitzenden.

## Lothales.

Posen 5. Mai.

\* Der Rang der Rätthe IV. Klasse ist einer Anzahl Direktoren von Nichtvollanstalten und Professoren an höheren Unterrichtsanstalten in Preußen verliehen worden. Aus der Provinz Posen befinden sich darunter folgende Herren: der Direktor Paul Mahn am Gymnasium in Kempen, die Professoren Dr. Carl Morik am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, Ferdinand Schmidt am Gymnasium zu Inowrazlaw, Dr. Berthold Wolph Gänther am Gymnasium zu Protoschin, Rudolph Plehwe am Realgymnasium zu Posen, Franz Kiehländer am Gymnasium zu Schneidemühl, Dr. Leo Wladislaw Witulski am Marien-Gymnasium zu Posen, Dr. Ludwig Rummel am Gymnasium zu Rogasen, Dr. August Laves am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, Dr. Franz Nese-mann am Gymnasium zu Ussa, Franz Jörking am Gymnasium zu Gnesen, Dr. Otto von Golenstki am Gymnasium zu Meieritz, Dr. Heinrich Bodich am Gymnasium zu Bromberg, Julius Töpfl am Gymnasium zu Ussa, Hermann Schmidt am Gymnasium zu Bromberg, Ferdinand Theodor Quade am Realgymnasium zu Rawitsch, Richard Braun am Gymnasium zu Fraustadt, Dr. Robert Cassenlamp am Gymnasium zu Ostrowo, Dr. Hubert Görres am Realgymnasium zu Bromberg, Max Franz am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, Dr. Heinrich Hedenbeck am Gymnasium zu Wronowitz, Carl Nowak am Marien-Gymnasium zu Posen, Dr. Josef Rangen am Gymnasium zu Ostrowo, Dr. Franz Haber Trauwinski am Realgymnasium zu Posen, Friedrich Hengstenberg am Realgymnasium zu Rawitsch, Ernst Fischer am Gymnasium zu Ratel, Dr. Joh. Friedrich Kappe am Gymnasium zu Protoschin, Boleslaus Terzietewicz am Realgymnasium zu Posen, Oswald Collmann am Realgymnasium zu Posen, Franz Jorde am Gymnasium zu Fraustadt, Dr. Peter Witting am Gymnasium zu Bromberg, Dr. Ignaz Henrychowski am Gymnasium zu Ostrowo, Alexander Engelhardt am Realgymnasium zu Bromberg, Dr. Eugen Mücke am Gymnasium zu Schneidemühl, Robert Scholke am Gymnasium zu Fraustadt, Theodor Krüger am Realgymnasium zu Bromberg.

## Telegraphische Nachrichten.

Potsdam, 4. Mai. Heute Vormittag 9 Uhr besichtigte der Kaiser auf dem Bornstädter Felde die Bataillone des 1. Garde-Regiments z. F. An die Besichtigung schloß sich ein Gefechtsgerichten im Feuer, an welchem eine Batterie von der 2. Feldgarde-artillerie-Brigade und drei Schwadronen Garde-Mann Theil nahmen. Nach Abnahme des Paradeumarsches führte der Kaiser die Truppen persönlich nach der Kaserne zurück.

Hamburg, 4. Mai. Der Direktor der Hanja-Brauerei, Christel Joerge, ist nach Untersuchung einer größeren Summe, — wie es heißt, 20 000 Mark, — flüchtig geworden.

Petersburg, 3. Mai. Ein ungeheurer Eisblock, welcher unerwartet den Oberlauf der Wolga hinabtrieb, hat bei Nishny-Novgorod zwei Dampfer der Dampfschiffahrts-Gesellschaft Esamoleit förmlich zerschneiden und einen Dampfer einer anderen Gesellschaft stark beschädigt. Die Dampfer lagen zum Auslaufen gerüht. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Petersburg, 4. Mai. Nach neueren Bestimmungen wird die kaiserliche Familie in der Krone einen längeren Aufenthalt nehmen, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Zur Feier des zehnjährigen Krönungsjubiläums am 27. d. M. wird die kaiserliche Familie in Moskau eintreffen.

Wien, 4. Mai. 270 Arbeiter der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft haben wegen nicht bewilligter Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt. In der Hellenischen Bleicherei streikten 350 Arbeiterinnen.

Prag, 4. Mai. Die Kommission für Bezirks- und Gemeinde-Angelegenheiten lehnte die Anträge Pleners und Tratala, betreffend die Errichtung eines Kreisgerichts in Trautau ab. Für den Antrag Pleners stimmten nur die Deutschen, für denjenigen Tratala nur die Großgrundbesitzer.

Pest, 4. Mai. Der Kaiser nahm heute früh eine Revue über die biesige Garnison ab und sprach seine Befriedigung über die Haltung und das gute Aussehen der Truppen aus.

Brüssel, 4. Mai. Die „Indépendance Belge“ will wissen, daß die Einladungen zum Wiederauftritt der Münzkonferenz

gestern in Brüssel für den 30. Mai erlassen worden seien. Die belgische Regierung hätte die Einladungen auf Ersuchen des Kabinetts zu Washington an die auf der letzten Konferenz vertretenen Staaten gerichtet.

Paris, 4. Mai. Die Deputirtenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Octrois. Der Gesetzentwurf gestattet den Gemeinden die Octroialabgaben durch andere Steuern zu ersetzen.

Paris, 4. Mai. Der heutige Ministerrath beschäftigte sich mit der Fertigstellung des Budgets pro 1894, welches dem von 1893 fast gleichen wird. Dasselbe wird Vorlagen über die Reform der Getränkesteuer und der Thür- und Fenstersteuer enthalten; der Kriegsminister und der Marineminister wurden ersucht, sich der größten Sparsamkeit zu befleißigen.

Paris, 4. Mai. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Deputirte de Maüy an den Minister des Auswärtigen, Develle, am Montag über die Lage auf Madagascar und die ägyptische Angelegenheit eine Anfrage richten.

Paris, 4. Mai. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ist der brasilianische Kongreß gestern eröffnet worden. Der Präsident der Republik, Peizoto, konstituirte in seiner Eröffnungsrede die guten Beziehungen Brasiliens zum Auslande und kündigte große Arbeiten zum Zwecke der Förderung der Einwanderung an. Ferner erklärte der Präsident die finanzielle Lage für gebessert und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Erhaltung des Friedens.

London, 4. Mai. Nach einer Meldung der „Times“ aus Zanzibar hat der britische Kreuzer „Philomele“ eine von dem deutschen Gebiete nach Norden fahrende Dhuu gekapert. Die 42 Sklaven, welche die Dhuu an Bord hatte, wurden von der „Philomele“ sofort in Freiheit gesetzt.

London, 4. Mai. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Aden von heute: Der am 12. April von Bombay nach Diederich abgegangene Dampfer „Kilwa“ ist verbrannt. Der Dampfer hatte eine große Anzahl Passagiere an Bord. 900 Pilger wurden gerettet. Weitere Einzelheiten fehlen.

Newyork, 3. Mai. Die Ueberschwemmungen im Staate Ohio dauern noch fort. Das große Wasser-Sammelbecken bei Lewistown ist heute früh 4 Uhr geborsten und die Wassermassen haben in der Umgegend große Verwüstungen angerichtet; zwanzig Personen sollen hierbei das Leben verloren haben. Auch der südliche Theil von Ohio, die Gegend des Scioto und seiner Nebenflüsse, wo viel Getreidebau getrieben wird, hat durch die Ueberschwemmungen sehr gelitten.

Newyork, 4. Mai. Nach einer Depesche aus Habanna haben sich die Aufständischen auf Cuba in der Gegend von Holguin, darunter die Gebrüder Sartorius, ergeben. Auch andere Meldungen besagen, daß sich die stärkste Insurgentenschaa unterworfen habe. Damit sei der Aufstand als beendet zu betrachten.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. i. Cel. Grad.
4. Nachm. 2	760,7	D stark	bedeckt	+ 5,6
4. Abends 9	764,0	N stark	heiter	+ 4,2
5. Morgs. 7	719,6	NO stark	bedeckt	+ 1,3

1) Den Tag über bis 5 1/2 Uhr Regen. 2) Kräftig Reif.

Am 4. Mai Wärme-Maximum + 10,2° Cel.

Am 4. Mai Wärme-Minimum + 4,1°

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. Mai Morgens 0,70 Meter

„ „ 4. „ Mittags 0,74 „

„ „ 5. „ Morgens 0,74 „

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fondsbörse.

Breslau, 4. Mai. (Schlußkurse.) Nachgehend. Neue Proz. Reichsanleihe 86,80, 3 1/2 Proz. L.-Pfandbr. 98,50, Konsol. Türken 22,25, Türk. Boole 92,50, 4proz. ung. Goldrente 96,00, Bresl. Diskontobank 103,50, Breslauer Wechselbank 100,25, Kreditaktien 176,00, Schell. Bankverein 117,00, Donnerstagsmarkt 91,60, Föthner Maschinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 119,25, Oberschell. Eisenbahn 49,50, Oberschell. Borsland-Zement 75,50, Schell. Zement 123,50, Oppeln. Zement 90,50, Schell. D. Zement —, Kramsta 135,75, Schell. Zinkaktien 187,00, Laurabütte 104,50, Verein. Delfabr. 90,00, Oesterreich. Banknoten 166,60, Russ. Banknoten 212,10, Sibir. Zement 75,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92,90.

Breslauer elektrische Straßenbahn 114,25.

Wien, 4. Mai. (Schlußkurse.) Auf Regen und Getreiderückgang Anfangs kräftig erholt, später auf Berlin gedrückt. Schluß referirt. Valuta vertieft.

Oester. 4 1/2 Proz. Papirr. 98,40, do. 5proz. —, do. Silber. 98,10, do. Goldrente 117,40, 4proz. ung. Goldrente 115,35, 5proz. do. Papirr. —, Länderbank 258,90, Oester. Kreditakt. 539,25, ungar. Kreditaktien 396,50, Wien. W.-B. 122,75, Gießhalsbahn 240,25, Galizier —, Lemberg-Gernowik 263,50, Somserden 108,75, Nordwestbahn 217,00, Tabakakt. 182,25, Napoleons 9,77, Marknoten 60,13, Russ. Banknoten 127 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 112,75.

Oester. Kronenrente 96,90, Ung. Kronenrente 94,85.

### Produktbörse.

Röln, 4. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,25, do. fremder loco 17,75, per Mai 16,40, per Juli —, Roggen hiesiger loco 14,75, fremder loco 16,75, per Mai 14,85, per Novbr. —, Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, Rübsöl loco 53,50, per Mai 52,20, per Okt. 54,10. Wetter: Veränderlich.

Bremen, 4. Mai. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Faß-zollfrei. Niedriger. Loko 5,00 Br.

Baumwolle. Anziehend. Upland middl. loco 41 1/2, Pl. Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Te. minileverung p. Mai 41 Pl., v. Juni 41 1/2, Pl., v. Juli 41 1/2, Pl., per August 41 1/2, Pl., v. Sept. 42 Pl., v. Okt. 42 1/2, Pl.

Schmalz. Fest. Schafer — Pl., Wilcox 51 1/2, Pl. Choice Groceries — Pl., Armour 51 1/2, Pl. Rohe u. Brother (vurec) — Pl., Fatrbanks 45 Pl., Cudahy 53.

Speck. Fest, loco Short clear middl. 55 1/2. Tabak. Umsatz: 2000 Baden St. Feiz, 382 Seronen Carmen, 90 Baden Ambalema.

Bremen, 4. Mai. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins.) 5proz. Nordd. Bollammerel- und Kamagarn-Spinnerel-Aktien 180 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 121 1/2, Gd., Bremer Bollammerel 307 Gd.

Hamburg, 4. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteiner loco neuer 156—158 — Roggen loco rubia medlen. loco neuer 140—142, russischer loco rubia, transit 103. — Hafer fest. — Gerste rubia — Rübsöl (unverz.) rubig, loco 52. Spiritus loco rubiger, p. Mai-Juni 24 1/2, Br., per Juni-Juli



